

HORST SENDLER

Auf dem Wege zur Einheit?

Das Thema, zu dem ich sprechen will, unterscheidet sich von dem Generalthema dieser Tagung nur durch zwei geringfügige Kleinigkeiten, sozusagen nach dem Motto: Es lebe der bekannte kleine Unterschied. Das Wort von der Rechtseinheit ist zur Einheit reduziert oder vielmehr erweitert worden. Außerdem habe ich das Thema um ein kleines Fragezeichen erweitert oder vielleicht auch reduziert. Das Generalthema – ohne ein solches Fragezeichen belastet und damit in Frage gestellt – strahlt gewissermaßen Sicherheit aus und ist von Zweifeln nicht angekränkt. Bei mir schwingt ein wenig Skepsis mit.

I. Teilaspekte und ganzheitliche Betrachtung

Wir haben uns in diesen Tagen mit einer Reihe von Teilaspekten der Vereinigung befaßt. Sie sind alle außerordentlich wichtig. Natürlich konnten nicht alle wesentlichen Aspekte behandelt werden, so z. B. der Erziehungs- und Bildungsbereich, insbesondere Schulen, Hochschulen und die Wissenschaft, ebensowenig die schönen oder auch weniger schönen Künste. Aber wenn auch alle nur entfernt in Betracht kommenden Teilbereiche behandelt worden wären, so wird man doch sagen müssen, daß die Summe dieser Teilbereiche, die für die Vereinigung wichtig sind, noch nicht das Ganze ausmachen. Wenn ich übertreiben würde – und das darf man vielleicht gelegentlich, um das Problem deutlich zu machen –, hätte ich vielleicht gar mit Goethes Faust gesagt: Fehlt leider nur das geistige Band, wenn nicht eben Herr Minister Caesar sein Referat gehalten und dabei den Blick über den juristischen Gartenzaun hinweg erhoben hätte. Nun wäre ich – leider nur Volljurist und auch sonst von mäßigem Verstand – nicht sonderlich geeignet und eher der Letzte, der imstande wäre, geistige Bänder zu schlingen. Aber vielleicht führt es doch ein kleines Stückchen weiter, den Bereich nicht nur des Juristischen, sondern überhaupt des Fachspartlichen hinter sich zu lassen und den Blick auf Dinge zu lenken, die bei der eingeschränkten, scheuklappenbehafteten Sicht des Spezialisten nur zu leicht übersehen werden können.

II. Diagnose: Befindlichkeiten der Menschen in Ost und West

Dabei liegen sie freilich auf der Hand und werden in den Gazetten und anderen Medien denn auch beinahe täglich breitgetreten: Die Befindlichkeiten der Menschen in Ost und West – wohlgemerkt auch in West –, aus denen sich u. a., aber doch wesentlich, die „Schiefelage des Einigungsprozesses“ ergibt, wie sie z. B. signifikant bei den beklagenswerten Querelen um den Rücktritt des nur zu bedauernden Lothar de Maizière in Erscheinung getreten ist, auch wenn dieser letztlich über seine eigenen Füße gestolpert sein dürfte. Um jene Befindlichkeiten steht es, wenn man den vielen Berichten, Situationsschilderungen und Momentaufnahmen glauben will, nicht eben zum Besten, und dies offenbar ganz unabhängig davon, wie weit man auf dem Weg zur Rechtseinheit dem Ziel mehr oder weniger nahe ist.

Wenn man auch hier wieder ein wenig übertreibt, könnte man beinahe argwöhnen, um die Befindlichkeiten der Menschen jedenfalls in Ost sei es um so schlechter bestellt, je mehr die Rechtseinheit verwirklicht wird und Menschen sich mit etwas konfrontiert sehen, was sie noch nicht verstehen und in seiner Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit auch kaum verstehen können, was ihnen als etwas Fremdes und Unheimliches vorkommt und zusätzlich zur Verunsicherung beiträgt. So hat man von Bundestagsabgeordneten aus den östlichen Bundesländern gelesen, man werde die Minderwertigkeitskomplexe nicht los: Mit dem Neuen sei man nicht vertraut, vom Alten fühle man sich sozusagen enteignet;¹ man fürchtet – zu Recht oder zu Unrecht –, die Ostdeutschen im Bundestag, welche sich nach der dort herrschenden Hackordnung als Hühner und die Westdeutschen als die hackenden Hähne empfänden, sollten abgeschossen werden. Selbst in einer so fortschrittlichen Partei wie der SPD hat der stellvertretende Vorsitzende Thierse aus dem östlichen Teil nach Pressemeldungen geglaubt, eine Arroganz der West-Sozialdemokraten beobachten zu müssen. Wenn wir Filigranarbeit in einer hochrationalisierten Gesellschaft leisten und unser Differenzierungsvermögen das Ergebnis einer 40jährigen Verfeinerung ist (vielleicht auch einer nach leichter Degeneration aussehenden Überfeinerung – man kann sich halt auch zu Tode differenzieren und auseinanderdividieren), wenn das also so sein dürfte, dann kann es leicht geschehen, daß ein anderer Minderwertigkeitskomplexe bekommt. Der derart betroffene Mensch wird solcherart über den Widerspruch hinaus, der in jedem Menschen – wohl glücklicherweise – lebt und wirksam ist, gewissermaßen vom Spaltpilz befallen, wird gleichsam schizophoren. Diese schizophrene Situation wird uns heute noch öfter beschäftigen; sie kennzeichnet z. B. so manche Bemühungen um die sog. Vergangenheitsbewältigung in den Ländern der ehemaligen DDR.

1. Rechtseinheit und „innere Vereinheitlichung“

Ist es unter solchen Umständen nicht eher hinderlich, wenn wir als gleichsam oberstes Ziel unserer Bemühungen die Verwirklichung der Rechtseinheit auf möglichst

¹ Die Zeit vom 16. 8. 1991 S. 3.

schnellem Weg anstreben, statt die Dinge weniger forciert, sondern gemächlicher anzugehen? Denn das, was mit der Rechtseinheit erreicht werden soll, ist doch wohl nicht die Rechtseinheit als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck der Einheit, der „inneren Vereinheitlichung“, der „geistigen Integration“. Für die Erreichung dieses Ziels wird die Rechtseinheit häufig nützlich und erforderlich sein, um prinzipiell gleiche und einheitliche Lebensverhältnisse herzustellen; häufig aber wird die Rechtseinheit nur auf Umwegen über Sonderregelungen mit weiträumigen Übergangszeiten zu erreichen sein, so daß eine allzuschnelle Herstellung der Rechtseinheit der inneren Vereinheitlichung nicht selten im Wege stehen kann. Wichtiger als die Rechtseinheit ist allemal die Einheit; wir müssen von der staatsrechtlichen und der rechtlichen Vereinigung, die als solche recht abstrakt und mehr rechtstechnischer Natur ist, zur sozusagen real existierenden Einheit gelangen. Eine über 40jährige andersartige, teilweise gar diametral entgegengesetzte Entwicklung hat fast notwendig dazu geführt, daß die Menschen, die dieser Entwicklung sowohl ausgesetzt waren als auch notwendig an ihr mitgewirkt haben – mehr oder weniger widerwillig und widerstrebend oder auch mehr oder weniger bereitwillig –, daß diese Menschen sich als anders empfinden und anders empfinden müssen als die anderen und in ihrem Anderssein respektiert werden wollen. Gerade das aber dürften sie vermissen; denn wer anders ist, ist deswegen ja wohl nicht minderwertig – das wissen wir doch von zahlreichen Ausländer- und Minderheitendebatten. Zu denken muß es geben, wenn ein kritischer Betrachter der Szene in den Schweizer Monatsheften kürzlich feststellte, die Menschen aus dem Osten klagten über mangelnde Hilfsbereitschaft, über die Hochnäsigkeit derer, denen es nicht nur besser geht, sondern die alles besser wissen, über die Zumutung, daß sie allein sich an alle Regeln des Westens anpassen sollen, ein analoges Entgegenkommen aber nicht zu spüren sei.²

2. Entgegenkommen auch gegenüber der „anderen“ Seite

Um nicht mißverstanden zu werden: Ein solches analoges Entgegenkommen und Anpassen hätte gewiß nicht in dem Versuch bestehen dürfen, endlich den berühmten dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden oder zu erfinden. Aber es hätte schon genügt, bei der Transformation unseres Rechts in die östlichen Bundesländer zu versuchen, dessen überkomplizierte und wohl zu stark ausdifferenzierte Strukturen auf etwas einfachere und übersichtlichere Linien zurückzuführen. Mein Kollege Klein vom Bundesfinanzhof hat wiederholt davon gesprochen, man könne unser verworrenes und verwirrendes Steuersystem – falls man es überhaupt wagen darf, in einem Chaos noch ein System zu sehen – den Bürgern der ehemaligen DDR einfach nicht zumuten. Aber man hat es weitgehend getan, nicht nur auf dem Gebiet des Steuerrechts, sondern auch sonst. Wenn erst einmal die Rechtseinheit vollkommen hergestellt sein wird, wird es nicht mehr möglich sein, Anträge binnen vier Wochen zu bescheiden, wie wir es gestern vom Landkreis Suhl gehört haben. Es wird immer wieder gesagt, es habe die Zeit gefehlt, um all das, was sich bei uns in vielen Jahren als

² Peter Coulmas in Schweizer Monatshefte 1991, 451 (452).

Rechtsordnung entwickelt und zum Teil leider auch zusammengewuchert und damit fehlentwickelt hat, zu entschlacken.

Das ist richtig und falsch zugleich. Natürlich läßt sich nicht in wenigen Wochen oder Monaten sichten und korrigieren, was in Jahrzehnten gut oder schlecht gewachsen ist. Aber man hätte wenigstens probieren können und die östlichen Länder als Experimentierfeld dafür nutzen sollen, ob sich nicht manches einfacher und dadurch auch schneller erledigen läßt, als es in der alten Bundesrepublik zur Übung geworden ist. Ein Beispiel: Die DDR hatte ein äußerst unvollkommenes und fast wertloses Gesetz über die gerichtliche Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen aus dem Jahre 1988 im Juni 1990 so angereichert, daß es ein durchaus brauchbares Instrument für einen wirk-samen Rechtsschutz hätte bieten können.³ Das war zunächst auch die Meinung im Bundesjustizministerium, obwohl jenes Gesetz nur aus 14 Paragraphen bestand, also relativ schlicht und einfach gebaut war, dabei aber den Vorzug der Übersichtlichkeit und der Konzentration auf das Notwendigste und wirklich Wesentliche hatte; natürlich wies es nicht die Feinsinnigkeit auf, die Opulenz und teilweise Überperfektionierung unserer Verwaltungsgerichtsordnung mit ihren rund 200 Paragraphen.

Aber nach zwei Monaten hatte sich der Wind allgemein und auch im Justizministerium gedreht. Nun konnte es nicht schnell genug gehen. Dabei hat das Problem der Rechtseinheit im einzelnen – also die mehr oder weniger vollkommene Übernahme einer Rechtsordnung in ihren Grob- und Feinstrukturen – und die Zeitdauer eines solchen komplizierten Vorgangs nichts oder allenfalls entfernt etwas zu tun mit der Herstellung der staatlichen Einheit. Daß es damit höchste Eile hatte, hat sich im nach-hinein voll bestätigt. Das Haus in seinen Grundmauern mußte also schnellstens errich-tet werden. Aber mit der Inneneinrichtung hätte man sich wohl doch etwas mehr Zeit lassen können. Eines der Argumente, warum wir nicht mit so einfachen Gesetzen wie dem erwähnten über die gerichtliche Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen experimentieren könnten, bestand darin, daß man es den Richtern aus Westdeutsch-land, die beim Aufbau einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in den östlichen Bundeslän-dern helfen wollten, nicht zumuten könne, zu allem Überfluß noch eine neue Prozeß-ordnung zu lernen. Aber dieses Argument schloß als selbstverständlich ein, daß es den Richtern der DDR und den betroffenen Bürgern durchaus zugemutet wurde, sich alsbald in unser kompliziertes Rechtssystem einzudenken. Vielleicht hätte es umge-kehrt für die Richter der alten Bundesrepublik eine Lehre sein können, daß sich auf einfacheren gesetzlichen Grundlagen manches auch einfacher machen lasse als bei uns handelsüblich, und daß sich unser Wohlstandsverwaltungsrecht vielleicht auch abspek-ken lasse; ob wir uns den Luxus eines Luxusverwaltungsrechts, von dem Herr Ossen-bühl gestern sprach, wirklich leisten können, ist doch eben die Frage. Wenn Paul Kirchhof kürzlich zutreffend gefordert hat, das Zuviel in beiden Rechtsordnungen müsse weggenommen werden, dann gilt dies auch und gerade für die einfachrechtliche Ausgestaltung der Rechtsordnung der alten Bundesrepublik.⁴

³ Vgl. Sendler, Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR – wie können wir helfen? in DtZ 1990, 166 (170).

⁴ In: Die Wiedervereinigung und damit zusammenhängende Rechtsprobleme; Rechtsstaat in der Bewährung Bd. 26, 1991, S. 19.

Das erwähnte Beispiel bestätigt für einen gewiß nur schmalen Bereich die Diagnose in den Schweizer Monatsheften: Den Menschen aus dem Osten werde zugemutet, daß sie allein sich an alle Regeln des Westens anzupassen haben, ohne ein entsprechendes Bemühen von dorthier zu spüren. Das entspricht kaum der Erkenntnis, auf die Kirchhof ebenfalls mit Recht aufmerksam gemacht hat, daß nämlich die Rechtsgeschichte lehre, auch bei elementaren Rechtsumbrüchen sei der jähe Bruch zu vermeiden und eine kontinuierliche Entwicklung zu bevorzugen.⁵ Herr Stern sprach denn auch gestern mit Recht von der Notwendigkeit, im Bereich des Bau-, Gewerbe-, Planungs- und Verfahrensrechts zu wesentlichen Vereinfachungen zu gelangen.

3. Anerkennung und Berücksichtigung des Andersseins

Die Anerkennung des Andersseins des anderen kann also durchaus dazu führen, daß er auch anders behandelt werden muß, daß für ihn über einen geraumen Zeitraum hinweg anderes gelten sollte, das seinem Anderssein, seinen Besonderheiten und Eigenarten Rechnung trägt und ein bloßes „Überstülpen“ einer Ordnung, die unter anderen Voraussetzungen gewachsen ist, verhindert. Wir kennen dieses Bedürfnis von den noch immer nicht kleinen Bereichen des Landesrechts her. Mit Recht legen die Bundesländer Wert auf den Bestand landesrechtlicher Materien und Besonderheiten, damit sie auch darin ihre Eigenart erhalten oder weiterentfalten können. Beim einzelnen Menschen findet dies bekanntlich seine Entsprechung im Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit; es soll eben jedenfalls im Prinzip jeder die Möglichkeit haben, nach seiner Façon selig zu werden und anders zu sein als die anderen, ohne untergebuttert zu werden im Topf der allgemeinen Gleichmacherei. Das gilt auch im Großen. Rechtseinheit als gleichsam absoluter Wert kann also durchaus nicht in allen Bereichen erstrebenswert und partiell durchaus von Übel sein; Herr Balz hat gestern mit Recht auf die Rechtsunterschiede in den einzelnen Staaten der USA und auf den Umstand hingewiesen, daß dies die Einheit der Nation nicht verhindert hat.

4. Defizite auf beiden Seiten

Jedenfalls kann man kaum behaupten, daß die Wiedervereinigung, die Einigung bereits zur Einheit geführt hat. Keine der beiden Seiten, die zur Einheit kommen sollen, steht bei diesem Prozeß in gutem Licht da und erhält positive Zensuren, weder die Menschen in den östlichen Bundesländern noch die im Westen. Es ist ebenso bezeichnend wie schlimm, daß Arnulf Baring den Lesern einer Zeitung, hinter der bekanntlich stets ein kluger Kopf steckt, seinen Überblick über Publikationen in politischen Zeitschriften unter der Überschrift vom „häßlichen Deutschen“⁶ anbot und die Distel, das bekannte (Ost-)Berliner Kabarett am Bahnhof Friedrichstraße, die Wiedervereinigung umfälscht zur Wiederverfeindung der früher so oft und verlogen berufenen Brüder und Schwestern. So heuchlerisch wird heute die Sprache glücklicherweise nicht mehr ge-

⁵ A.a.O. (Fn 4) S. 12.

⁶ FAZ vom 21. 8. 1991 S. 26.

handhabt und mißhandelt; von Brüdern und Schwestern spricht heute wohl kaum noch jemand, als schäme man sich der früheren Gefühlsduseligkeit und Großsprecherei.

Ist das Wort von der Wiederverfeindung nur kabarettistische Verfremdung und Übertreibung? Wohl nicht, wenn auch nur entfernt wahr sein sollte, was ebenfalls jene Zeitung mit den klugen Köpfen, wie wir sie alle haben, unter dem ironischen Titel „Bildungsfahrt“ über eine Klassenfahrt von Mädchen aus dem goldenen Westen nach Kühlungsborn, bekanntlich im dunklen Osten, zu berichten wußte:⁷ Angeblich seien sie in der Jugendherberge von gleichaltrigen Mädchen aus Ostdeutschland belästigt, als „Zeckenvieh“ beschimpft, das erst einmal unsere Sprache lernen solle, und nur durch ihr Dasein mit ihren Ohrringen als Provokation empfunden worden, so daß von Ostschülerinnen der Wunsch nach einer Wiedererrichtung der Mauer laut geworden sei, nur dieses Mal etwas höher. Darf man das wirklich glauben? Oder ist es das Ergebnis dessen, daß nach dem Zeugnis von Johannes Groß in seinem Notizbuch⁸ westdeutsche Verleger auftreten, die ihr Glück – und natürlich auch ihr Geld – bei den Ostdeutschen damit machen, daß sie sie gegen die Westdeutschen aufhetzen? Sozusagen eine Art Auferstehung einer sublimierten Stürmer-Masche?

„Da haben wir uns etwas Schönes eingebrockt“: Solche Worte will man denn auch schon im Westen unseres Vaterlandes gehört haben. Im Osten hingegen soll sich bereits – wenn gewiß auch nicht flächendeckend und wohl eher nur vereinzelt – die Stimmung breitmachen, bei Honecker habe man doch wenigstens seine Sicherheit und seine Ruhe, seinen Arbeitsplatz und schmalen Verdienst gehabt. Sicherlich sind solche Feststellungen viel zu pauschale Versimplifizierungen. Zu denken geben müssen sie ebenso wie der Bericht über die „Bildungsfahrt“ gleichwohl. Ihnen stehen gewiß Beobachtungen über andersartige, positivere Verhaltensweisen und ernsthafte Versuche einer Annäherung gegenüber; in ihrer Widersprüchlichkeit tragen sie aber durchaus schizophrene Züge. Das Ergebnis dieser manchmal recht krampfhaft erscheinenden Bemühungen war – nach den Worten des Präsidenten des Evangelischen Kirchentages vom Juni d.J., Eppeler, „nicht der Geist des befreiten Miteinanders, sondern die manchmal hochmütige Selbstgerechtigkeit auf der einen Seite, auf der anderen Seite die verzagende Bitterkeit der Enttäuschten, die sich nicht selten als Getäuschte fühlen“. Auf diesem Kirchentag war die Rede von einem Riß auch nach der Vereinigung, von Verletzungen und Kränkungen durch viele Westdeutsche, davon, daß Anklagen nicht Reue und Wandel zeigten, sondern selbstgerechte Selbstverteidigung hervorbringen, von einer schmerzhaften Näherung zwischen Ost und West, von wachsender Entgeisterung nach ursprünglicher Begeisterung in der deutsch-deutschen Beziehung, von Angst vor den neuen Götzen, vor „Mammon statt Marx“, vor „Konsumismus statt Kommunismus“.⁹ Sind damit nicht auch dunkle und wunde Punkte im Erscheinungsbild westlicher Kultur oder Unkultur berührt?

⁷ FAZ vom 7. 7. 1991, S. 9.

⁸ FAZ-Magazin, Heft 588 vom 7. 6. 1991, S. 8.

⁹ Vgl. den Bericht in FAZ vom 10. 6. 1991, S. 8.

5. Die Sicht eines Psychologen

Diese Diskrepanz in der Seelenlage der Menschen in Ost und West ist in einem sehr lesenswerten, allerdings nicht unkritisch zu lesenden Buch – wie es ja mit Büchern meist so ist – offengelegt worden. Inzwischen hat es mit seinem Verfasser eine gewisse Berühmtheit erlangt, das Buch über den „Gefühlsstau“.¹⁰ Dabei muß man allerdings im Auge behalten, darf sich aber nicht allzusehr dadurch stören lassen, daß der Verfasser Psychotherapeut ist und nach Meinung vieler die Psychiater selbst die Krankheit sind, die sie zu heilen vorgeben. Seine Diagnose nämlich, so einseitig sie einem bisweilen auch vorkommen mag, scheint mir immerhin erwägenswert zu sein: Danach hat der real existierende Sozialismus als repressives System die Kollektivgesamtheit der Ostdeutschen psychisch schwer geschädigt. Als autoritätsabhängig, gefühlsgehemmt, lustunfähig werden sie – wahrscheinlich zu pauschal – beschrieben; Entfremdung von der Natürlichkeit, Blockierung der Emotionalität, Spaltung der Persönlichkeit wird ihnen nachgesagt.¹¹ So sieht Maaz in der viel gefeierten Gewaltfreiheit der „friedlichen Revolution“ weniger die gereifte politische Haltung, sondern mehr das Ergebnis des Gefühlsstaus, einer „neurotischen Gehemmtheit“.¹² Als Selbsttäuschung gar wird die Neigung seiner Landsleute qualifiziert, nach dem Aschenputtelprinzip Täter und Opfer, Schuldige und Unschuldige, Verführte und Verführer zu sondern. Sich selbst nimmt er nicht aus; er beschreibt sich als Opfer und Täter in einem totalitären System, dessen schädigendem Einfluß sich keiner habe entziehen können.¹³

Aber auch wir haben unsere „Macken“ und kriegen unser Fett ab. Den Westlern sagt er eine hysterische Produktivität nach, einen destruktiven Expansionismus der Wirtschaft, eine egozentrische Ellenbogenmentalität, einen Kult der Stärke, der Jugendfrische und Dynamik.¹⁴ Das geputzte und narzistisch gestylte Ich solle die kollektive Not vergessen machen, wie sie sich – nicht anders als im Osten – in Neurosen niederschlage, in psychosomatischen Erkrankungen, funktionellen Störungen, Suiziden, Alkoholismus, Ehekonflikten, sexuellen Nöten und zusätzlich im Drogenproblem.

Das alles mag nach Art von Psychiatern, die halt ihre eigene Sicht der Dinge haben dürften wie leider auch wir Juristen, verzerrt und übertrieben sein, aber eben übertrieben doch zur Kentlichkeit hin. Ob eine „psychische Revolution“,¹⁵ wie sie Maaz in Ost wie in West für erforderlich hält, Abhilfe bringen und den Graben einebnen kann? Eher muß man befürchten, daß sich der Graben noch vertiefen könnte, wenn richtig sein sollte, was ein Sozial- und Kulturwissenschaftler aus dem Osten beobachten zu können meint: Es schein sich unter den Ostdeutschen ein neuer Grundkonsens anzubahnen, gegründet auf die Vorstellung, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören,

¹⁰ Hans Joachim Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, 1990; vgl. dazu die Besprechung von Thomas Koch in *Deutschland Archiv* 1991, 285.

¹¹ A. a. O. (Fn 10) S. 11 ff.

¹² A. a. O. (Fn 10) S. 168.

¹³ A. a. O. (Fn 10) S. 235.

¹⁴ A. a. O. (Fn 10) S. 175.

¹⁵ A. a. O. (Fn 10) S. 187 ff.

nämlich Bürger zweiter Klasse zu sein.¹⁶ Diese Diagnose unterscheidet sich nicht wesentlich von dem, was der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe als Gefahr sieht: „Eine Mentalität der Besiegten“ als Folge von „aufgebrochenen Enttäuschungen und neuen Demütigungen“.¹⁷

Lassen Sie mich noch ein weiteres Zitat bringen. Es stammt zwar „nur“ von Gregor Gysi, den ich schon vor der Wende als klugen, kenntnisreichen, natürlich auch fintenreichen Gesprächspartner kennenlernen konnte. Man soll ja stets mit denen sprechen und sie lesen, die anderer Meinung sind, weil man von denen am meisten lernt. Er schreibt also: „Viele Ex-DDR-Bürger fühlen sich in der Bundesrepublik wie Verwandte, die nicht wirklich gewollt sind, die man nicht versteht und zum Teil auch gar nicht verstehen will, die eine Identität verloren haben und noch lange Zeit keine neue gewinnen werden, die anders sind, weil sie anders gelebt und andere Erfahrungen gesammelt haben, denen die andere Welt häufig als neue Bürokratie begegnet, die das Alte nie wieder wollen, aber mit dem Neuen nicht zurechtkommen.“

Die Vorstellung, daß sich für die ‚Wessis‘ nichts geändert hat, ist eine Illusion. Die Frage ist nur, ob sie dabei bleiben, daß wir so werden sollen wie sie. Dann würde aus dem Nebeneinander ein neues Gegeneinander.“¹⁸

Wie gesagt: Man sollte auch das bedenken, was Gegner sagen. Und gewiß war es nicht Bestätigung von Solidarität, sondern deren Verweigerung, als sich die westlichen Bundesländer, die sich mit dem Exportboom in die östlichen Länder eine goldene Nase verdienten, weigerten, etwas davon abzugeben und dabei Argumente nicht scheuten wie die, erst einmal sollten die zu zahlreichen Kindergartenplätze im Osten abgeschmolzen werden. Die Zurückhaltung bei der Finanzverteilung wurde aber kompensiert bei der großzügigen Verteilung der Asylbewerber, was per saldo ebenfalls als Verweigerung der Solidarität erscheinen mußte mit den aus Hoyerswerda bekannten Folgen.

III. Therapie

1. Rechtseinheit kein Heilmittel

Wie auch immer aus diesem Dilemma, in dem andere meinen, auf der einen Seite von „Verbogenen“, auf der anderen Seite von „Verzogenen“ sprechen zu können, herauszukommen sein mag: Die Rechtseinheit allein wird es nicht schaffen, auch wenn sie langfristige Perspektive als Voraussetzung für die Angleichung der Lebensbedingungen sein muß; ich betone: Langfristige Perspektive, weil wir für eine nicht zu kurz zu bemessende Übergangszeit Sonderregelungen für die östlichen Bundesländer, also Abweichungen von der Rechtseinheit benötigen, damit erst einmal die Voraussetzungen

¹⁶ Koch, a. a. O. (Fn 10) S. 287 unter Hinweis auf Umfrageergebnisse.

¹⁷ FAZ vom 7. 8. 1991, S. 4.

¹⁸ In Spiegel 24/1991, S. 38.

geschaffen werden können, um diese Länder zu befähigen, der Rechtseinheit gewachsen zu sein. Das ist gestern und vorgestern hier wiederholt angeklungen.

2. Offene, verständnisvolle Gespräche

Von der Rechtseinheit dürfen wir für die Lösung des Problems der Einheit also nicht zuviel erwarten. Wie immer, wenn Menschen Probleme miteinander haben, ist ein ebenso offenes wie verständnis- und rücksichtsvolles Gespräch nützlich, ja unentbehrlich. Das ist in der Ehe so, im Berufsleben, in Vereinen und sollte übrigens sogar in Parteien so sein, wo es allerdings, wie mir scheint, am wenigsten gepflegt wird. Das muß vor allem in dem uns interessierenden Bereich angestrebt werden. Noch zu gering dürften – im ganzen gesehen – die Ansätze für ein wirklich offenes Gespräch sein, das von westlicher Seite ohne intellektuelle Überheblichkeit, von östlicher Seite ohne Befangenheit und Minderwertigkeitskomplexe und von beiden Seiten unverklemmt geführt werden muß und mehr zu sein hat als ein gegenseitiges Aneinander-vorbei-Reden. Fehlen dürfte es überwiegend an einem gegenseitigen Zuhören und Aufeinander-Zugehen, damit jeder wirklich die Probleme des anderen kennenlernt. Erst dies wäre wohl Voraussetzung für ein gegenseitiges Verstehen und dafür, daß sich allmählich Vertrauen entwickelt. Dort, wo man mit solchen Überlegungen zur Tat geschritten ist, dürfte der Weg zur Einheit im großen und ganzen noch am ehesten geglückt sein, und zwar auf einem Gebiet, wo man es am wenigsten erwartet hätte: Beim Aufbau einer integrierten demokratischen Armee, wo ja die besondere Herausforderung zu bestehen war, daß man von einem programmierten Gegeneinander des Gegners und Klassenfeindes zum Miteinander kommen mußte. Das setzte voraus, wie es damals gesagt wurde,¹⁹ daß man nicht als Sieger oder Eroberer kam, sondern als Deutsche zu Deutschen, als uneigennützige, verständnisvolle und lernbereite Helfer, nicht als solche, die ohnehin schon alles besser wissen, daß man also willens war, Gemeinsamkeit und Aufgeschlossenheit, Hilfsbereitschaft und Geduld für die neuen Kameraden anstelle von Spaltung und Mißtrauen zu setzen. In diesem Zusammenhang wurde übrigens auch an das Wort von Churchill erinnert, wenn die Gegenwart über die Vergangenheit zu Gericht zu sitzen versuche, werde sie die Zukunft verlieren. Dies wird uns noch im Zusammenhang mit der sog. Vergangenheitsbewältigung beschäftigen. Diese Bemühungen scheinen – wie gesagt – bei allen Schwierigkeiten, die dabei aufgetaucht sind, im großen und ganzen von Erfolg gekrönt zu sein.

Aber es dürfte die Ausnahme sein, selbst in der Bundeswehr. Bezeichnend ist, was der General Schönbohm, der sich in diesem Zusammenhang große Verdienste erworben hat, von der erstaunten Frage eines seiner Kollegen erzählte, wie es eigentlich komme, daß die Leute, die in den Osten gehen, nach kurzer Zeit ganz andere Auffassungen entwickeln.²⁰ Schönbohm konnte nur die Gegenfrage stellen: Warum wissen die Wessis immer alles besser als wir, die in den Osten gegangen sind? Es wäre doch

¹⁹ FAZ vom 5. 10. 1990, S. 1/2.

²⁰ FAZ-Magazin Heft 583 vom 3. 5. 1991, S. 16.

vorstellbar, daß wir durch Erfahrungen ein breiteres Verständnis der Lage bekommen als die, die zu Hause geblieben sind oder – wie man hinzufügen kann – allenfalls gelegentlich als eine Art Abenteuerreise in den Osten fahren, wie wenn man Exoten besucht. Es gebe – so Schönbohm – viel zu wenige, die sich mit den Problemen hier befassen; der Dialog von Deutschen mit Deutschen finde noch nicht statt. Bezeichnend ist es wohl auch, daß Menschen mit eigenen DDR-Erfahrungen, wie der brandenburgische Justizminister Bräutigam als ehemaliger Ständiger Vertreter, eher zu Nachsicht, Verständnis und Versöhnung neigen als zur Gnadenlosigkeit, und bereit sind zuzugeben, daß in manchen Kreisgerichten der DDR über Jahre hinweg ordentlich, sachkundig, selbst nach westlichen Maßstäben tadelnfrei gewirkt wurde.²¹ Wie schnell offene Gespräche zum Miteinander führen können, zeigen Berichte über die Erfahrungen westdeutscher Richter etwa in Thüringen. Obwohl warnend festgestellt wurde, keiner im Westen solle glauben, er könne die Menschen hier auf Anhieb verstehen, bekennen einzelne Richter bereits, sie dächten schon wie die Leute hier und fühlten sich mit ihnen solidarisch.²² In solchen Beispielen zeigt sich plötzlich das Verständnis dafür, daß die Welt der Deutschen nicht die unveränderte Welt der Westdeutschen mit ihren Erfahrungen und Vorverständnissen und ihrer Unfähigkeit, sich einzuschränken, sein kann. Mit Recht hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau kürzlich gesagt: „Alle müssen sich von der Vorstellung verabschieden, nach der Einheit gehe alles weiter wie bisher“;²³ und ähnlich Stolpe: „Das Zusammenwachsen ist kein einseitiger Vorgang“.²⁴

Aus manchen Gesprächen mit Westrichtern weiß ich, daß diese auf einmal mehr Verständnis für die Ostrichter und ihre Situation aufbrachten, nachdem sie mit ihnen offen diskutiert – nicht immer gelingt es! – und mit ihnen zusammengearbeitet hatten. Ich kann das für mich bestätigen nach langen Diskussionen mit Ost- und Westrichtern bei der ersten auswärtigen Sitzung des Bundesverwaltungsgerichts in Schwerin und erst kürzlich bei einer Richtertagung in Meißen; auffällig ist, daß die „Ossis“ zunächst sehr zurückhaltend reagieren und erst allmählich auftauen, wenn sie spüren, daß sie mit ihren Befindlichkeiten ernstgenommen und akzeptiert werden. Aber es gibt auch bekümmerte Gegenbeispiele. So sollen nach glaubhafter Bekundung westdeutsche Behördenangestellte noch amtierende Ostrichter nicht begrüßt, geschweige denn ihnen die Hand gegeben haben, offenbar deswegen, weil ihre Überprüfung noch nicht abgeschlossen war und wohl mit ihrem Scheitern gerechnet wurde. Demütigungen sollte man auch denen ersparen, die nicht übernommen werden können; als Menschen wird man sie doch wohl noch behandeln dürfen; Menschlichkeit läßt man – hoffentlich – doch auch rechtskräftig verurteilten Strafgefangenen zuteil werden. Auch diejenigen dürfen nicht einfach abgeschrieben, sondern müssen für uns gewonnen werden, die das alte System der DDR mitgetragen haben; zumindest muß der Versuch gemacht werden.

²¹ FAZ-Magazin Heft 584 vom 10. 5. 1991, S. 20.

²² Allgemeine Zeitung Mainz vom 21. 6. 1991.

²³ FAZ vom 7. 9. 1991, S. 1.

²⁴ FAZ vom 7. 8. 1991, S. 4.

3. Positive Ansätze

Bei aller Skepsis sollte man aber auch nicht zu skeptisch sein. Zwar wird in geistreichen Feuilletons immer wieder von der Mauer in den Köpfen und der Trägheit in den Herzen, von den sich verfestigenden Mentalitäten, den Kulturen, die nicht zueinander fänden, und von den zwei fortexistierenden Gesellschaften geschrieben. Aber mit Recht ist kürzlich auf vieles namenlose Engagement hingewiesen worden, auf die mehr als nur formale Hilfsbereitschaft in Städten und Gemeinden, auf die Kontaktfreude in Verbänden und Vereinen,²⁵ kurz: auf das, was nicht in Schlagzeilen steht, keine Leitartikel provoziert und dennoch Hoffnung macht, auch wenn es konterkariert wird durch die Lobbyisten des öffentlichen Dienstes, die jeden Solidaritätsbeitrag der öffentlichen Bediensteten möglichst fürstlich honoriert wissen wollen.

Gleichwohl: Hier wird noch viel zu tun sein, um im psychischen, im mentalen Bereich zur Einheit zu gelangen. Das wird vermutlich sehr viel länger dauern als im Bereich der Wirtschaft, wo ja die Pferde vereinzelt wenn nicht bereits zu saufen, so sich dem Wasser zu nähern beginnen. Es scheint mir noch offen zu sein, ob der Abbau der Bewußtseinssperren überhaupt in absehbarer Zeit gelingt oder ob nicht erst manche Generation dahinsterben muß, bis insoweit die Einheit voll verwirklicht ist – Stolpe spricht von zwei Generationen,²⁶ ebenso der sehr kenntnisreiche ehemalige amerikanische Gesandte in Berlin, Gilmore.

IV. Sogenannte Vergangenheitsbewältigung

Erst recht für offen, ja für höchst zweifelhaft halte ich es, ob gelingen wird und überhaupt gelingen kann, mit einer Problematik fertig zu werden, die man gemeinhin versucht, mit dem wenig überzeugenden Wort von der Vergangenheitsbewältigung zu umschreiben.

Gewiß ist das, was mit diesem Wort recht unvollkommen deutlich gemacht werden soll, von großer Wichtigkeit. So halte ich es für unumgänglich, genau zu prüfen, wer von den ehemaligen Funktionsträgern oder Handlangern der SED-Macht in leitender Funktion von Staat und Wirtschaft, in Legislative, Judikative und Exekutive sollte mitwirken dürfen. Es muß bekümmern, daß man immer wieder hören muß, daß z. B. in den von der Treuhandanstalt betreuten Betrieben alte Seilschaften am Wirken sind und dies anscheinend nicht zu vermeiden ist. Man kann nur hoffen, daß das Kriterium von der objektiven Kompromittierung unabhängig von persönlicher Vorwerfbarkeit und vermeintlicher fachlicher Unentbehrlichkeit zu erträglichen Ergebnissen führt; wir hörten ja gestern in der Diskussion davon. Aber einen radikalen Schlußstrich zu ziehen, ist aus den verschiedensten Gründen offenbar unmöglich.²⁷

²⁵ Seebacher-Brandt in Die Zeit vom 2. 8. 1991, S. 39.

²⁶ Tagesspiegel vom 29. 8. 1991, S. 6.

²⁷ So wohl zu Recht Justizminister Kinkel in: Recht, Informationen des Bundesministers für Justiz 1991, 53 (56).

1. Notwendigkeit des inneren Zusammenwachsens

Die Maßstäbe, dieser gewiß schwierigen Problematik gerecht zu werden, scheinen mir jedoch reichlich verrutscht zu sein. Man darf auch insoweit die Relationen nicht aus den Augen verlieren und Proportionen nicht verzerren. Ebensovienig wie die Rechts-einheit oberstes Ziel sein sollte, sondern die Verwirklichung der Einheit, ebensovienig darf über der sog. Vergangenheitsbewältigung das innere Zusammenwachsen, die Ein-heit und damit die Integration möglichst aller Bevölkerungskreise gefährdet werden oder gar verlorengehen. Wir sollten nach Möglichkeit Wunden schließen und nicht neue aufreißen. Sonst könnten wir nach dem erwähnten Wort von Churchill die Zu-kunft verlieren, wenn die Gegenwart zu selbstgewiß und gerechtigkeitshungrig über die Vergangenheit zu Gericht zu sitzen versucht. Die notwendige Erinnerungsarbeit kann und sollte nicht in erster Linie von der Justiz geleistet werden.

2. Von Strafverfahren kaum etwas zu erhoffen

Natürlich ist es richtig zu sagen, daß jemand, der sich in der Zeit des SED-Regimes strafbar gemacht hat, seiner gerechten Strafe zugeführt werden muß. Aber das ist eine sehr abstrakte Weisheit. Denn die Frage ist doch gerade, wer konkret mit welchem konkreten Verhalten welche Strafnormen verletzt hat – die dort damals geltenden oder die bei uns damals und heute geltenden? Natürlich kann man heute unsere Spione gegen die DDR, die damals dort härteste Strafen zu gewärtigen gehabt hätten, nicht mehr bestrafen. Es mag juristisch sogar richtig sein, daß hingegen die DDR-Spione gegen uns, die damals auch bei uns bestraft worden wären, in ihrem Bereich sich aber Aus-zeichnungen verdienten, auch heute noch das verdienen und erhalten müssen, was man aus unserer Sicht eine gerechte Strafe nennen mag. Aber ein Hauch von Schizophrenie scheint mir da zu wehen, wie es ja öfters bei dem vorkommen soll, was wir Juristen uns so ausdenken; unter dem Aspekt der Vergangenheitsbewältigung jedenfalls kann man sich von solchen Strafverfahren kaum etwas erhoffen. Ich wage nicht zu widersprechen, wenn kürzlich geschrieben wurde, dieser westdeutsche moralische Alleinvertretungsan-spruch wirke absurd.²⁸ Der Gedanke an eine Amnestie, wie ihn der Bundesjustizmini-ster und der Bundesinnenminister zunächst verfolgte, hatte halt doch viel für sich. Wenn die Stimmung in der Bevölkerung der östlichen Bundesländer eine Straffreiheit einfach nicht zulasse, wie es Justizminister Kinkel aufgrund seiner Gespräche mit den fünf Justizministern jener Länder formuliert hat,²⁹ und man wünsche, daß die Großen wie Honecker, Schalck, Mittag, Mielke und noch andere strafrechtlich verfolgt werden, dann bin ich gespannt, wie die Stimmung sein wird, wenn solche Verfahren so ausgehen wie das gegen Mielke oder das gegen Tisch, in dem das, was man Tisch wirklich hätte vorwerfen können und müssen, nämlich sein moralisches, menschliches und politisches Versagen und Fehlverhalten, mit Recht gar nicht erst zur Anklage gebracht wurde, weil

²⁸ Robert Leicht in: Die Zeit vom 6. 9. 1991, S. 1.

²⁹ Spiegel-Gespräch in: SPIEGEL 33/1991, S. 21 f.

es strafrechtlich nicht erfassbar ist, die gegen Tisch verhängte Strafe aber gegenüber diesem strafrechtlich nicht greifbaren Verschulden nachgerade an das Peinliche und Lächerliche grenzt.

Natürlich kann man – so etwa Wassermann³⁰ entgegen dem, was die Justizsenatorin von Berlin, Frau Limbach, dazu gesagt hat³¹ – die Auffassung vertreten, die leitenden SED-Funktionäre könnten wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, nämlich dem Politbüro und dem Zentralkomitee der SED, belangt werden. Aber die Gerichte dürften sich schwertun, solch einer Auslegung zu folgen, und sich wohl von dem rechtsstaatlichen Grundsatz *nulla poena sine lege* kein Jota abhandeln lassen. Anderes sähe überdies zu sehr nach Siegerjustiz aus.

Gespannt sein muß man, wie die Mauerschützenprozesse ausgehen werden. Nach meinem juristisch etwas verbildeten Laienverstand dürfte dabei aus subjektiven Gründen nicht viel herauskommen; nachweisbare Exzesse, wie sie sich möglicherweise in dem derzeit verhandelten ersten Prozeß dieser Art abzeichnen, werden gewiß nicht die Regel sein. Lutz Rathenow, Schriftsteller und ehemaliger Soldat bei den DDR-Grenztruppen, dürfte gar nicht so falsch liegen, wenn er schreibt: „Ich bin für milde Urteile“ – wie gesagt, wenn es überhaupt zur Verurteilung kommen kann – „und eine unerbittliche Erinnerungsarbeit, die immer neu angeregt werden muß“.

3. Haß und Mißtrauen als Ratgeber?

Ich habe jedenfalls meine Zweifel, ob Stimmungen in der Bevölkerung, ob Haß und Mißtrauen der richtige Ratgeber sind bei der Frage, wie man mit der Vergangenheit der DDR fertig werden soll. Das, was jüngst sehr drastisch „Populismus“ als „staatsmoralisches Mäntelchen“³² genannt wurde, ist wohl doch nicht das richtige Mittel. Wie wankelmütig und undifferenziert Volkszorn und Volkswille sind, läßt sich den Beweisen der Sympathie für die Mauerschützen entnehmen, von denen man jüngst lesen mußte.³³

Gewiß wird es bei vielen ein elementares Gerechtigkeitsbedürfnis geben, das nach der Bestrafung aller schreit, die im Dienst oder gar im ersten Glied des SED-Staates standen. Aber abgesehen davon, daß ich gerade gegenüber politischem und moralischem Verschulden und übrigens sonst auch nicht so recht weiß, was eigentlich die Gerechtigkeit ist und was sie verlangt, abgesehen davon, daß nach dem gestrigen Diskussionsbeitrag von Herrn Schiedermaier teilweise abenteuerliche Vorstellungen von Rechtsstaat und Gerechtigkeit herrschen, abgesehen davon also muß man doch wohl in Rechnung stellen, daß dieses Bedürfnis nach Gerechtigkeit wahrscheinlich nur sehr unvollkommen befriedigt werden kann und unsere Justiz, damit also auch der Rechtsstaat in Gefahr gerät, in Mißkredit zu geraten oder sich gar lächerlich zu machen. Was Stimmungen in der Bevölkerung anlangt, so sind sie im allgemeinen recht wandlungsfähig und schwanken und werden vielleicht gar von solchen geprägt, die damals sich geduckt

³⁰ Die Welt vom 22. 7. 1991, S. 10.

³¹ Berliner Zeitung vom 10. 7. 1991.

³² Leicht, a. a. O. (Fn 28).

³³ Tagesspiegel vom 18. 9. 1991, S. 3.

oder vielleicht sogar mitgemacht haben – strafrechtlich im allgemeinen nicht relevant – und dafür jetzt am lautesten nach Ahndung schreien.³⁴ Wolf Biermann, der gewiß weiß, wovon er redet, hat dieses Phänomen ebenso nüchtern wie sarkastisch beschrieben: „Die schweigende Mehrheit hat endlich das Sagen. Wer 40 Jahre lang alles schluckte, spuckt jetzt endlich mal große Töne. Brave Bürger, die zur sogenannten Wahl gingen wie Kälber am Strick, brüllen jetzt wie Löwen.“ In seiner unnachahmlich direkten und plastisch-drastischen Sprache zieht er das desillusionierende Resümee: „Bemacht haben sich fast alle.“³⁵

Gewiß: Fast alle, nicht alle. So gibt es sicherlich nicht wenige, denen ein solches Verhalten nicht nachgesagt werden kann und die über die moralische Kompetenz verfügen, Forderungen zu stellen; man denke an Erich Loest oder Reiner Kunze und viele andere wirklich Verfolgte und Gepeinigte, die unsere größte Hochachtung verdienen. Aber man muß doch fragen, ob sie gerade aufgrund ihres schweren persönlichen Schicksals nicht befangen sind und einseitig urteilen. Indem sie Gerechtigkeit verlangen, könnten sie unbewußt und unterbewußt Rache meinen, sozusagen Rache durch Gerechtigkeit oder meinetwegen auch umgekehrt Gerechtigkeit durch Rache. Vielleicht hülfe hier die Erinnerung an die christliche Lehre und Weisheit, die oft verkitscht und versüßlicht worden ist und an die deswegen kaum einer mehr recht glaubt: Liebet eure Feinde.

Wie auch immer: Die Feststellung von Justizminister Kinkel, 40 Jahre Unrechtsregime ließen sich nicht vollständig mit den Mitteln des Strafrechts bewältigen, so unbefriedigend uns dies auch erscheinen müsse, beschönigt denn doch zu sehr und stellt mehr in Aussicht, als sich wird halten lassen. Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus: So gut wie gar nicht kann es dem Strafrecht gelingen.³⁶ Minister Kinkel hat in seiner Ansprache am 9. Juli 1991 zur Eröffnung des Forums „Vierzig Jahre SED-Unrecht – eine Herausforderung an den Rechtsstaat, insbesondere das Strafrecht“ denn auch mit Recht auf die immensen Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die sich einer strafgerichtlichen Ahndung entgegenstellen.³⁷

4. Sog. Vergangenheitsbewältigung außerhalb des Strafrechts

Im Bereich außerhalb des Strafrechts sieht es nicht besser, sondern eher noch schlechter aus. Da haben wir ja jetzt die berühmte Behörde Gauck. Mit deren Akten und Erkenntnissen wird, wie mir scheint, nicht wenig Schindluder getrieben. Lassen Sie mich auch hier ein wenig übertreiben: Wenn dort einer in den Akten verzeichnet ist,

³⁴ So offenbar auch der sächsische Justizminister Heitmann nach dem Bericht in FAZ vom 10. 7. 1991 über die Diskussionsrunde im Bundesjustizministerium.

³⁵ Die Zeit vom 2. 2. 1990, wiederabgedruckt in: Wolf Biermann, Klartexte im Getümmel, 1990, S. 315 (316f.), dort auch: „Haß auf die Stasi, das ist der uneingestandene Haß auf den kleinen Stasi in der eigenen Brust, es ist der Selbsthaß in all seinen Verrenkungen, es ist die verdrängte Scham des gelernten Untertanen über seine selbstverschuldete Unmündigkeit.“ (S. 318)

³⁶ So auch Helmuth Schulze-Fielitz, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, DVBl. 1991, 893 (901f.).

³⁷ A. a. O. (Fn 27) S. 54.

dann scheint dies schon auszureichen, um ihn an den Pranger zu stellen. Richard Schröder, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Volkskammer, der sich leider aus der Politik zurückgezogen hat, dafür aber wenigstens publizistisch immer wieder höchst Beachtliches beizusteuern weiß – so kürzlich erst wieder zum Thema Vergangenheitsbewältigung³⁸ –, Richard Schröder hat also Anfang dieses Jahres Wahrheiten ausgesprochen, die vielleicht mehr als bisher beherzigt werden sollten: „Wer mit dem Teufel um Menschenschicksale gepokert hat, hat Spuren in den Stasi-Akten hinterlassen“,³⁹ aus denen jemand, der nur von ferne urteilt, nun einen Strick drehen kann, zumal ein gewisses Vertrauensverhältnis notwendig war, um mit der Stasi erfolgreich pokern zu können. Ganz nüchtern hat Schröder auch verlangt: „Wenn wir uns wirklich vereinigen, dann müssen auch die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter und die ehemaligen SED-Mitglieder, gegen die nichts Strafrechtliches vorliegt, ihren normalen Platz unter uns finden“, freilich ohne Privilegien nach einer Überprüfung ihrer Eignung für ein bestimmtes Amt.³⁹ Klaus von Dohnanyi hat Anfang dieses Monats⁴⁰ davor gewarnt, bei der sog. Bewältigung der DDR-Vergangenheit vom Port nachträglicher gesicherter Erfahrungen zu urteilen, ohne die Schwierigkeiten auch nur zu ahnen, zwischen gutgemeintem Irrtum, Opportunismus und zynischer Machtpolitik zu unterscheiden; mit Recht spricht er von unserer Überforderung als Richter, nicht nur weil wir nicht dabei waren, sondern auch, weil wir aus einer anderen Zeit mit anderen Kenntnissen und anderen Erfahrungen urteilen.

Ich habe nicht den Eindruck, daß solche Mahnungen in den vielen Fällen, die in der Presse berichtet werden, beherzigt werden. Wie gesagt, ich kenne solche Fälle nur aus der Presse, weiß also nicht um vielleicht vorhandene aber verborgen bleibende Hintergründe. Lassen Sie mich also die Distanz des Ahnungslosen nutzen, um mich wie folgt zu dekuvirieren: Vor wenigen Wochen gingen Berichte durch die Presse, daß der Staatssekretär im sächsischen Wissenschaftsministerium, Prof. Nollau, seinen Hut nehmen mußte, weil er Stasi-Kontakte gehabt hatte. Wenn ich es recht verstanden habe, war bei ihm viermal erfolglos versucht worden, ihn als informellen Mitarbeiter zu verpflichten. Sein Verschulden lag offenbar darin, daß er die Versucher nicht schon beim ersten Mal hinausgeworfen hatte. Soll das wirklich ehrenrührig sein? Mag sein, daß er auch Professor werden wollte und er deswegen nur zurückhaltend reagiert hatte und ihm überdies Versagen in der Hochschulpolitik vorzuwerfen war.⁴¹ Aber nach Pressemeldungen ist er unter dem Druck immer wieder auftauchender Vorwürfe, ein Stasi-Informant gewesen zu sein, zurückgetreten. Zwei Journalisten haben glaubhaft – was ja auch bei Journalisten denkgesetzlich nicht ausgeschlossen ist – das Gegenteil bezeugt, Nollau habe nämlich jahrelang ein großes Risiko eingehen und konspirative Methoden nutzen müssen, um sie mit ungefilterten Informationen versorgen zu können. Sie sprechen denn auch von einer beschämenden Rufmordkampagne gegen einen couragierten Ehrenmann und wenden sich damit an die Öffentlichkeit, weil sie wissen, daß ein ähnli-

³⁸ Tagesspiegel vom 1. 9. 1991, S. 5.

³⁹ FAZ vom 2. 1. 1991.

⁴⁰ Die Zeit vom 6. 9. 1991, S. 13.

⁴¹ Vgl. die Andeutungen in dem Artikel von Erich Loest in: FAZ vom 7. 9. 1991, S. 3.

ches Schicksal vielen ehemaligen DDR-Bürgern drohen kann: auf Grund unsicherer bis zweifelhafter Erkenntnisse denunziert zu werden.⁴²

Im Fall des ehemaligen Ministers Brunner aus Sachsen-Anhalt lag allerdings Belastendes vor: Er hatte immerhin im Jahre 1956, also vor 35 Jahren, eine schriftliche Bereitschaftserklärung gegenüber der Stasi abgegeben und dies törichterweise nicht von vornherein offengelegt. Aber ist jeder, der – unter welchen Umständen auch immer – vor vielen Jahrzehnten Verpflichtungserklärungen abgegeben hat, allein deswegen automatisch untragbar unabhängig davon, worüber und mit welchem Inhalt er die Stasi informierte, dies auch dann, wenn er damit niemandem geschadet und schließlich – so jedenfalls die Behauptung Brunners – als unergiebig Informant von der Stasi nicht mehr in Anspruch genommen wurde? Der Vorwurf von indifferenzierten Pauschalurteilen ist denn auch schon wiederholt in Leserbriefen und auch sonst erhoben worden. Wenn ein aus dem Osten stammender Politiker nach dem anderen mit Hilfe dubioser Vorwürfe abgeschossen wird, dann sind natürlich Westimporte erforderlich. Ob das wirklich der Einheit förderlich ist? Gewiß hat mich ein längeres Gespräch beeindruckt, das ich kürzlich mit dem Justizminister des Landes Sachsen, Heitmann, führen konnte. Er betonte die Notwendigkeit des Neuanfangs mit wirklich in jeder Hinsicht unbelasteten Politikern zumindest in den oberen Rängen. Aber ich werde das Gefühl nicht los, als drücke sich in solchen Auffassungen ein übertrieben puristischer Moralismus und Rigorismus aus.

Es muß zu denken geben, wenn der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe kürzlich im Zusammenhang mit Stasi-Vorwürfen von Hysterie gesprochen hat. Er vermißt wohl zu Recht die nötige Gelassenheit gegenüber dem Material, das von einem Unterdrückungsapparat gegen die Menschen erstellt worden ist, und vermißt weiter „total das Nachdenken über die Gesamtzusammenhänge“⁴³. Aber ich ahne schon, daß kluge Besserwisser, Moralapostel und Materialsammler bei uns auch Herrn Stolpe nachsagen werden, er habe gut reden, schließlich habe er sich ja damals auch angepaßt und gar von der „Kirche im Sozialismus“ gesprochen. Die Gesamtzusammenhänge würden mit solchen Anwürfen freilich auf der Strecke bleiben.

Ein anderes Beispiel: Wenn es wirklich so sein sollte, daß eine „als Musiker wie als Mensch so außergewöhnliche Persönlichkeit wie Prof. Rotzsch eigentlich nicht ersetzbar ist“, wie es der Interims-Thomaskantor als sein vorläufiger Nachfolger sagte,⁴⁴ dann fragt man sich, warum er gehen mußte, zumal da sich Eltern und Schüler für ihn ausgesprochen hatten.

So wie manche froh über den Golfkrieg zu sein schienen, weil er nun endlich Handhabe für Steuererhöhungen bot, so kann man heute den Eindruck gewinnen, als seien manche froh darüber, in Gestalt des Stasi-Materials etwas sozusagen Handfestes greifbar zu haben, um damit endlich überzeugend die Vergangenheit aufzuarbeiten und bewältigen zu können. Die Art von Hexenjagd, zu der gelegentlich geblasen zu werden

⁴² Bericht im Tagesspiegel vom 7. 9. 1991, S. 4.

⁴³ Tagesspiegel vom 29. 8. 1991, S. 6.

⁴⁴ Tagesspiegel vom 4. 9. 1991, S. 19.

scheint, kann sich nach einem relativ einfach zu bewältigenden Muster vollziehen: Wer in jenen Akten auftaucht oder irgendetwas unterschrieben hat, hat die Probe nicht bestanden und darf guten Gewissens abgeschrieben werden. Er trägt wie überhaupt alle, die im November 1989 in der DDR lebten, „die stillschweigend erwartete Beweislast, nicht für Honecker und Mielke gearbeitet zu haben“.⁴⁵ Das sind doch wenigstens klare Prinzipien für eine angemessene Vergangenheitsbewältigung – was uns nach 1945 mißlungen ist und dennoch nicht gehindert hat, einen Staat aufzubauen, der sich trotz seiner Mängel durchaus sehen lassen kann, das soll uns nicht erneut widerfahren. Solche klaren und leicht handhabbaren Prinzipien treffen mit Recht alle, die sich drüben damals stromlinienförmig anpaßten! Oder muß man von einem „späten Sieg der Stasi“⁴⁶ sprechen?

5. Keine Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit!

Ob wir besser gewesen wären? Wie sich viele von uns verhalten *hätten*, kann man wohl schlußfolgern aus dem, wie sie sich verhalten *haben*. An der sog. innerdeutschen Grenze konnte man beobachten, wie nicht selten mit einer Servilität und Beflissenheit ohnegleichen, mit Liebedienerei, Unterwürfigkeit und Eilfertigkeit den Zöllnern und Vopos begegnet wurde. Gewiß, man wollte ja nur keine Scherereien bei der Abfertigung, schnell durch und raus, keine Beanstandungen provozieren, sondern jede Mißhelligkeit vermeiden, sich also möglichst unauffällig anpassen. Wollten die Bürger der DDR aber wesentlich anderes? Waren sie unter sehr viel schwereren Bedingungen wesentlich willfähiger, serviler, anpassungsbereiter als wir selbst? Ein anderes, gegenüber der Wirklichkeit stark abgemildertes Beispiel: Ich habe es erlebt, daß Richter, die sich Ostrichern gegenüber recht reserviert verhielten, weil diese die Unabhängigkeit und den aufrechten Gang nicht gelernt hätten, dem Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, der eine etwas mildere Auffassung vertrat, nicht zu widersprechen wagen, weil man das doch nicht in aller Öffentlichkeit und noch dazu in Gegenwart von Ostrichern tun könne. So sieht unsere vielgerühmte Unabhängigkeit und unser aufrechter Gang gelegentlich in Wirklichkeit aus. „Wer das Glück hatte, im Westen zu leben, darf bei der Frage nach Anpassung in SED-Zeiten nicht vergessen, daß auch wir hier im Westen uns weithin an das scheinbar Unabänderliche angepaßt hatten“ – so zu Recht Minister Schäuble zum diesjährigen 13. August.⁴⁷ Zur Überheblichkeit haben wir jedenfalls keinen Anlaß.

Vielleicht sollten wir, wenn sich Aufregungen, Emotionen und Hektik unserer Tage etwas gelegt haben, in nicht allzu ferner Zukunft an eine allgemeine Amnestie denken,⁴⁸

⁴⁵ So wiederum Stolpe, FAZ vom 7. 8. 1991, S. 4.

⁴⁶ Rudolph in: Tagesspiegel vom 8. 9. 1991, S. 1.

⁴⁷ Tagesspiegel vom 14. 8. 1991, S. 6.

⁴⁸ So wohl auch Schulze-Fielitz, a. a. O. (Fn 36) S. 902, allerdings erst „am Ende von moralischen und rechtlichen Auseinandersetzungen“. Der Bayerische Umweltminister Gauweiler scheint nach Pressemeldungen bereits jetzt eine „Generalamnestie für die Diener des Stacheldraht-Sozialismus“ zu befürworten, außer bei Kapitalverbrechen (Berliner Zeitung vom 1. 10. 1991, S. 4) dezidiert für eine Amnestie auch Quaritsch in FAZ/Magazin v. 18. 10. 1991 (Heft 607) S. 126, auch wenn er sie gegenwärtig nicht für durchsetzbar hält.

insbesondere für solches Verhalten, das zwar strafwürdig sein mag, aber ohnehin nicht strafbar war oder ist, jedoch unsere Gerichte über Gebühr strapazieren dürfte; mag sein, daß sich Amnestie für ohnehin nicht Strafbares etwas merkwürdig anhört. Gewiß wäre auch eine Amnestie mit Schmerzen verbunden ob der Ungerechtigkeit, die mit solchen Gnadenakten notwendig verbunden ist. Eine Gesundung ohne Schmerzen aber kann man sich nach so langen Jahren der Entfremdung überhaupt nicht vorstellen. Vielleicht jedoch hilft das auf dem Wege zur Einheit mehr als Prozesse, die wenig bringen dürften, die Emotionen aber immer wieder hochwirbeln werden. Sonst könnte es passieren, daß wir zwar die völlige Rechtseinheit gewinnen, uns aber von der Einheit weiter entfernen, als uns lieb sein darf. Die Herstellung der Rechtseinheit ist im Grunde ein technischer, weil ein rechtstechnischer Vorgang. Im allgemeinen ist man hierzulande schon recht zufrieden, wenn etwas gedruckt im Bundesgesetzblatt steht, weil damit das Wesentliche geschafft sei. In Wirklichkeit fangen damit die Probleme aber erst richtig an; auch davon ist gestern hier gesprochen worden. Ob wir aber die Einheit gewinnen werden, ist durchaus noch offen. Ausgeschlossen ist es leider nicht, daß wir, wenn wir nicht aufpassen und uns Mühe geben, sie verspielen.